



Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Vorab per E-Mail

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Volker Wissing MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 45

FAX +49 (0) 30 18 682-44 04

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 10. August 2010

BETREFF **Entwicklung des Steuerrechts im Ausland im II. Quartal 2010**

ANLAGEN 3

GZ **IV B 1 - S 1335/10/10003**

DOK **2010/0589508**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für das II. Quartal 2010 übersende ich drei Übersichten über die Entwicklung des Steuerrechts im Ausland im II. Quartal 2010, getrennt nach EU/OECD-Mitgliedstaaten, Nicht-EU/OECD-Mitgliedstaaten und Steueroasen.

Aus den seit 1. April 2010 verabschiedeten Gesetzen bzw. angekündigten Änderungen wird erkennbar, dass die Sanierung der Haushalte in der EU und OECD noch immer zentrale Bedeutung hat. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt weiterhin bei der Erhöhung der Umsatzsteuersätze. Aber auch Erhöhungen anderer Verbrauch- und Verkehrsteuern (z. B. für Alkohol und Tabak), die Einführung von Zuschlägen auf Ertragsteuern (in Griechenland, Luxemburg und Portugal) oder von neuen Steuern (z. B. einer „Reichensteuer“ in Spanien), die Erhöhung des Einkommen(spitzen)steuersatzes (in Frankreich, Japan, Luxemburg und Portugal) und die Verschärfung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (z. B. in Frankreich und dem Vereinigten Königreich) sollen zum Abbau der Staatsverschuldung beitragen. Hierauf zielt auch das zur Verhinderung von Steuerhinterziehung vorgesehene Verbot größerer Bargeldzahlungen in Griechenland und Italien.

Zunehmende Bedeutung gewinnen Wachstumsimpulse, die vor allem durch eine Senkung der Körperschaftsteuer gegeben werden sollen (z. B. in Australien, Finnland, Japan, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich).

I. Im Einzelnen

Nachfolgend wird für einige wichtige Staaten ein Überblick über nennenswerte geplante bzw. beschlossene Änderungen gegeben.

1. Einkommensteuer

1.1. tarifbezogene Maßnahmen

Frankreich	Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkünfte über 69.783 EUR von 40 % auf 41 % ab 1. Januar 2011 geplant
Luxemburg	Haushaltsentwurf zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 38 % auf 39 % ab 1. Januar 2011 dem Parlament vorgelegt
Neuseeland	Senkung der Steuersätze um 2 Prozentpunkte (Eingangssatz 12,5 % auf 10,5 %) bis 5 Prozentpunkte (Spitzensteuersatz von 38 % auf 33 %) ab 1. Oktober 2010
Portugal	Erhöhung der Einkommensteuer bis zur dritten Steuerstufe um 1 Prozentpunkt und ab der vierten Steuerstufe um 1,5 Prozentpunkte für Einkünfte, die ab dem 1. Juni 2010 erzielt werden
Spanien	Einführung einer zeitlich begrenzten Reichensteuer ab Vermögen von 1 Mio. EUR von der Regierung geplant
Vereinigtes Königreich	Erhöhung des Grundfreibetrags von 6.475 GBP (ca. 7.823 EUR) auf 7.475 GBP (ca. 9.031 EUR) ab 6. April 2011 mit Nothaushalt ins Parlament eingebracht

1.2. sonstige Maßnahmen

Frankreich	Erhöhung des Steuersatzes auf Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren von 18 % auf 19 % und aus der Veräußerung von Immobilien von 16 % auf 17 % ab 1. Januar 2011 geplant
Luxemburg	Haushaltsentwurf zur Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer für den Arbeitslosenfonds von 2,5 % auf 4 % für Einkünfte bis 300.000 EUR

	und auf 6 % für darüber liegende Einkünfte sowie Einführung einer Krisensteuer von 0,8 % ab 1. Januar 2011 dem Parlament vorgelegt
Vereinigtes Königreich	Erhöhung der Steuer auf Veräußerungsgewinne von regulär 18 % auf 28 % für Steuerpflichtige, die nach der „higher rate“ (40 %) oder der „additional rate“ (50 %) besteuert werden, ab 23. Juni 2010 mit Nothaushalt ins Parlament eingebracht

2. Körperschaftsteuer

2.1. tarifbezogene Maßnahmen

Australien	Senkung des Steuersatzes von 30 % auf 29 % ab 1. Juli 2013 von der Regierung angekündigt
Griechenland	Einführung einer zusätzlichen Abgabe auf die Gesamteinkünfte des Steuerjahres 2009 von 4 % bis 10 % für Einkünfte ab 100.000 EUR
Neuseeland	Senkung des Steuersatzes von 30 % auf 28 % ab 1. April 2011
Portugal	Erhebung eines Zuschlags von 2,5 % zur Körperschaftsteuer für Unternehmen mit Gewinnen von mehr als 2 Mio. EUR ab 1. Juli 2010
Vereinigtes Königreich	Senkung des Regelsteuersatzes von 28 % auf 27 % sowie Senkung des ermäßigten Steuersatzes für Unternehmen mit Gewinnen bis 300.000 GBP (ca. 362.446 EUR) von 21 % auf 20 % ab 1. April 2011 mit Nothaushalt ins Parlament eingebracht

2.2. sonstige Maßnahmen

Australien	Einführung einer sog. „Minerals Resource Rent Tax“ mit einem Steuersatz von 30 % ab 1. Juli 2012 von der Regierung angekündigt
Japan	Erhöhung der Mindestbeteiligungsgrenze bei der Hinzurechnungsbesteuerung von 5 % auf 10 % ab 1. April 2010 vom Parlament verabschiedet
Luxemburg	Haushaltswurf zur Erhöhung des Zuschlags zur Körperschaftsteuer für den Arbeitslosenfonds von 4 % auf 5 % der Steuerschuld sowie Erhöhung der Steuergutschrift für Investitionen und Einführung einer festen Mindestkörperschaftsteuer für Holdinggesellschaften und Unternehmen,

	die wirtschaftlich inaktiv sind, ab 1. Januar 2011 dem Parlament vorgelegt
Österreich	Gesetzentwurf zur Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Finanzierungsaufwendungen bei Beteiligungserwerb ab 1. Januar 2011 vom Finanzministerium veröffentlicht

Vereinigtes Königreich	Senkung der Abschreibungssätze für Ausrüstungsgegenstände von 20 % auf 18 % und für langlebige Wirtschaftsgüter des sog. „special rate pool“ von 10 % auf 8 % sowie Senkung des jährlichen Investitionsfreibetrags von 100.000 GBP (ca. 120.815 EUR) auf 25.000 GBP (ca. 30.204 EUR) ab 1. April 2012 (Gleiches gilt für natürliche Personen ab 6. April 2012) mit Nothaushalt ins Parlament eingebracht
------------------------	--

3. Umsatzsteuer

Griechenland	Erhöhung des Regelsatzes von 21 % auf 23 % vom Parlament verabschiedet
Neuseeland	Erhöhung des Regelsatzes von 12,5 % auf 15 % ab 1. Oktober 2010
Portugal	Erhöhung des Regelsatzes von 20 % auf 21 % sowie der ermäßigten Steuersätze von 12 % auf 13 % und von 5 % auf 6 % ab 1. Juli 2010
Vereinigtes Königreich	Erhöhung des Regelsatzes von 17,5 % auf 20 % ab 4. Januar 2011 mit Nothaushalt ins Parlament eingebracht

4. Verbrauch- und Verkehrsteuern

Griechenland	Dritte Erhöhung der Tabak-, Alkohol und Mineralölsteuer seit Jahresbeginn vom Parlament verabschiedet
Mexiko	Schrittweise Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Erwerb von Fahrzeugen bis zu einem Anschaffungspreis von 250.000 MXN (ca. 16.093 EUR) bis zum 1. Januar 2012 von der Regierung angekündigt

Mit freundlichen Grüßen

